

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	19
A) Worum es geht: Transparenz durch Datenauskunft und Implikationen des Beschäftigungsverhältnisses	29
I. Art. 15 DSGVO als Lösung und Problem zugleich	32
II. Anlass und Arten: Verarbeitungssituationen im Beschäftigungskontext	36
III. Besondere Schutzbedürftigkeit des Beschäftigten	39
IV. Status quo: Die Funktion des Art. 15 DSGVO in der bisherigen arbeitsrechtlichen Praxis	42
V. Kernfragen und Gang der Darstellung	46
1. Kapitel B): Rechtliche Grundlagen der Auskunft und Anwendbarkeit im Beschäftigungsverhältnis	46
2. Kapitel C): Die Regelungreichweite des Art. 15 DSGVO	47
3. Kapitel D): Die Verweigerungsmöglichkeiten des Verantwortlichen	49
4. Kapitel E): Eine Zusammenfassung in 30 Thesen	50
5. Weiterer Forschungsbedarf	51
B) Rechtliche Grundlagen der Auskunft und Anwendbarkeit im Beschäftigungskontext	53
I. Ein kurzer Streifzug durch Geschichte und Rechtsgrundlagen des Datenschutzes	53
II. Rechtsrahmen und Funktion der Datenauskunft	59
1. Die Funktion der Auskunft für den Schutz personenbezogener Daten	59
a) Ableitung aus Gesetzgebungsakten und Rechtsprechung	59
b) Mehrschichtige Zielsetzung der Auskunft	64
2. Die Verankerung in Art. 8 Abs. 2 S. 2 Var. 1 GRCh	65
a) Rechtsnatur des Auskunftsgrundrechts	65

b) Schutzgehalt der Auskunft	66
aa) Grundrechtliche Auskunft und Sekundärrecht sind nicht identisch	66
bb) Bestimmung des grundrechtlichen Gewährleistungsgehaltes	69
cc) Grundrechtsberechtigte und -verpflichtete	72
c) Beschränkungsmöglichkeiten	74
d) Schlussbetrachtung	75
3. Die Verankerung in Art. 8 EMRK	75
4. Die Verankerung im Grundgesetz	78
5. Zusammenfassender Überblick	79
III. Die Gesetzgeberische Ausgestaltung des Auskunftsrechts	80
1. Genese: Von Art. 5 der Datenschutzkonvention Nr. 108 zu Art. 15 DSGVO	80
2. Einbettung in den Kontext der DSGVO	88
3. Ein Blick auf die Konzeption des Art. 15 DSGVO	92
a) Problemaufriss: Bloße Rechtsfolgenregelung oder eigenständiger Anspruch?	94
b) Ein kurzer Blick auf das Meinungsspektrum	96
c) Weshalb die Kopie Rechtsfolge der Auskunft ist	99
aa) Eine Betrachtung des Wortlautes	100
(1) Begrifflichkeiten der Auskunft und der Kopie	101
(2) Konsequenzen für das Verständnis des Art. 15 DSGVO	105
bb) Eine Betrachtung der Systematik	106
(1) Interne Systematik des Art. 15 und der DSGVO	106
(2) Rechtsaktübergreifende Systematik	111
(a) Eine Betrachtung der Informationszugangsrechte	111
(b) Eine Betrachtung der Richtlinie (EU) 2016/680	114
(c) Eine kurze Summa	116
cc) Eine Betrachtung der Historie	117
(1) Entwicklung im Gesetzgebungsverfahren spricht für Rechtsfolgenorm	117

(2) Vergleich mit Rechtslage unter DSRL spricht für Rechtsfolgennorm	118
(3) Eine kurze Summa	122
dd) Eine Betrachtung des Telos	122
ee) Gesamtbetrachtung: Kopie ist Rechtsfolgennorm	125
d) Die Kopie und ihr Verhältnis zu anderen Zugangsmodalitäten	127
4. Zusammenfassender Überblick	131
IV. Anwendbarkeit des Art. 15 DSGVO im Beschäftigungsverhältnis	132
1. Der Anwendungsbereich des Art. 15 DSGVO	133
a) (Teilweise) automatisierte Verarbeitungen und Speicherung in Dateisystemen	133
b) Persönlicher und räumlicher Anwendungsbereich	136
2. § 26 Abs. 7 BDSG erweitert den Anwendungsbereich nicht	137
3. Das Verhältnis zum personalaktenrechtlichen Einsichtsrecht	141
a) Die inhaltliche Reichweite des Einsichtsrechts	142
b) Unterschiede zur Auskunft nach Art. 15 DSGVO	144
c) Einsichtsrecht in die Personalakte soll vorrangig sein	146
d) Tatbestandskongruenz ist unerheblich: § 1 Abs. 2 BDSG	147
e) Spezifischere Vorschriften für den Beschäftigungskontext	148
aa) Der Rahmen für spezifischere Vorschriften	149
(1) Anwendungsbereich: Beschäftigtendaten und Beschäftigungskontext	150
(2) Auskunft als Gewährleistung des Schutzes der Rechte und Freiheiten hinsichtlich der Verarbeitung	151
bb) Spezifischere Vorschriften und ihre Grenzen	153
cc) § 83 BetrVG ist jedenfalls nicht hinreichend transparent	155
f) Keine Beschränkung im Sinne des Art. 23 DSGVO	159
g) Eine kurze Summa: Keine Verdrängung des Art. 15 DSGVO im Beschäftigungskontext	159
4. Zusammenfassender Überblick	160

V. Eine erste Sammlung der Erkenntnisse	161
C) Die Regelungsreichweite des Art. 15 DSGVO	165
I. Der Ausgangspunkt des Auskunftsrechts: Verarbeitete personenbezogene Daten	166
1. Der Begriff des personenbezogenen Datums	166
a) Art. 4 Abs. 1 Nr. 1 DSGVO als gesetzlicher Ausgangspunkt	166
b) Einzelfälle und Besonderheiten: Personenbezogene Daten im Beschäftigungsverhältnis	169
aa) Personalakte und Personalinformationssysteme	170
bb) Kommunikation und Äußerungen	171
cc) Kontrolle, Ortung und andere Aufzeichnungen	174
dd) Interne und andere Dokumente über den Beschäftigten	175
ee) Rechtliche Analysen	179
ff) Daten von Organmitgliedern	183
gg) Ein kurzer Blick zurück	184
2. Der Begriff der Verarbeitung	184
3. Ein bereichsspezifisches Begriffsverständnis innerhalb der Auskunft?	185
a) Stammdaten und Daten mit hinreichend engem Bezug zur Person	187
b) Daten mit internem Bezug	193
c) Rechtliche Analysen	195
d) Passiv und mittelbar verarbeitete Daten	197
4. Zusammenfassender Überblick	201
II. Die tatbestandlichen Voraussetzungen des Auskunftsrechts	202
1. Der Anspruchsgegner: Der Verantwortliche	203
a) Ausgangspunkt und Grundzüge der Verantwortlichkeit	203
b) Besonderheiten der Auskunft über das „Ob“ der Verarbeitung	205
c) Auskunftspflicht des Beschäftigungsgebers bei mehreren Akteuren	205
aa) Zurechnung des Mitarbeiter- und Organhandelns	206

bb)	Pflichtenverteilung bei gemeinsam Verantwortlichen	208
cc)	Pflichtenverteilung mit Auftragsverarbeitern	210
dd)	Pflichtenverteilung bei Parallelverantwortlichkeit und aufeinanderfolgenden Verarbeitungen	211
d)	Beauskunftung der durch den Betriebsrat verarbeiteten Daten	212
aa)	Arbeitgeber als Verantwortlicher für Verarbeitungen des Betriebsrats	213
bb)	Umgang mit Auskunftersuchen und praktische Herausforderungen	214
cc)	Summa: Arbeitgeber bleibt Auskunftsverpflichteter	218
e)	Ein kurzer Überblick über den Anspruchsgegner	219
2.	Der Anspruchsberechtigte: Die betroffene Person	219
a)	Zur Höchstpersönlichkeit, Übertragbarkeit und Stellvertretung	221
b)	Erfüllung gegenüber dem Vertreter	224
c)	Keine Vererbbarkeit, aber eigene Betroffenheit der Erben	227
d)	Identifikation des Antragstellers	229
aa)	Grundlagen und Grenzen der Identifikation	230
bb)	Besonderheiten der Geltendmachung durch Vertreter	233
e)	Ein kurzer Überblick über den Anspruchsberechtigten	236
3.	Der Auskunftsantrag	237
a)	Keine Formvorgaben	238
b)	Keine Pflicht, angebotene Kontaktstellen zu nutzen	239
c)	Inhaltliche Anforderungen des Antrags	240
aa)	Auslegung des Antrags	240
bb)	Keine Angabe von Gründen oder ein Auskunftsinteresse notwendig	243
cc)	Konkretisierung des Auskunftsantrags durch den Betroffenen	244

d)	Besonderheiten bei der Verarbeitung großer Datenmengen: Präzisierung	245
aa)	Voraussetzungen einer Präzisierung	246
bb)	Anforderungen an das Präzisierungsverlangen des Auskunftspflichtigen	247
cc)	Keine Obliegenheit zur Konkretisierung	248
dd)	Aussetzung des Verfahrens anstatt gestuften Vorgehens	252
ee)	Keine Konkretisierungs-, aber eine Präzisierungsobliegenheit	256
e)	Ein kurzer Überblick über den Auskunftsantrag	257
4.	Zusammenfassender Überblick	259
III.	Die Rechtsfolgen des Auskunftsrechts	261
1.	Der Inhalt der Auskunft über das „Ob“ der Verarbeitung	261
2.	Der Inhalt der Auskunft über die personenbezogenen Daten	262
a)	Problemaufriss: Warum die Einordnung in ein restriktives und extensives Verständnis untauglich ist	263
b)	Bezugspunkt der Kopie: Informationen, Datenkategorien oder Daten selbst?	268
aa)	Eine Ordnung der Argumente	268
bb)	Kopie der Informationen oder Datenkategorien ist nicht ausreichend	271
cc)	Informationen sind nicht zusätzlich zu kopieren	275
dd)	Aggregierte Übersichten oder Zusammenfassungen genügen nicht	278
ee)	Ein kurzer Blick zurück	282
c)	Bedeutung der Kopie: Datenübersicht oder Rohdaten?	283
aa)	Ein kurzer Blick auf das Meinungsspektrum	284
bb)	Anknüpfung der Problematik an den Wortlaut	287
(1)	Begriff: Personenbezogene Daten, die Gegenstand der Verarbeitung sind	287
(2)	Begriff: Zurverfügungstellen einer Kopie	289
(3)	Die Wortlautauslegung suggeriert ein restriktives Verständnis	291
cc)	Anknüpfung an die Systematik	291

dd) Anknüpfung an die Entwicklung des Art. 15 DSGVO	294
ee) Anknüpfung an den Sinn und Zweck	295
ff) Ein kurzer Blick zurück: Keine Beauskunftung von Rohdaten	298
gg) Warum Schriftverkehr, E-Mails, Personalakten und Videoaufzeichnungen letztlich doch zu kopieren sind	300
d) Zeitlicher Maßstab der Auskunft	302
aa) Maßgeblicher Zeitpunkt: Antragstellung	303
bb) Keine Auskunft über bereits gelöschte Daten	304
cc) Spannungsfeld: Löschung während des Auskunftsverfahrens	305
e) Keine Differenz Auskunft: Auch bekannte Daten sind Auskunftsgegenstand	308
f) Zurverfügungstellen der Kopie	312
g) Ein kurzer Überblick über den Inhalt der Auskunftspflicht über personenbezogene Daten	312
3. Der Inhalt des Informationsrechts	314
a) Der Gegenstand des Informationsrechts	314
aa) Informationen über die Verarbeitungszwecke	315
(1) Detailgenauigkeit der Angaben	315
(2) Zuordnung zu den Daten erforderlich	317
(3) Zweckänderungen müssen nicht beauskunftet werden	319
(4) Die Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung ist nicht anzugeben	319
(5) Eine kurze Summa	320
bb) Informationen über die Datenkategorien	320
cc) Informationen über die Empfänger oder Kategorien von Empfängern	321
(1) Wer Empfänger ist	322
(2) Empfänger oder Empfängerkategorien: Wahlrecht des Betroffenen	324
(3) Konkrete Zuordnung zu den Daten	328
(4) Zeitliche Dimension: Rijkeboer	329
(a) Keine Speicherung allein für die Auskunft	329

(b) Speicherdauer	331
(5) Eine kurze Summa	333
dd) Informationen über die Dauer der Datenverarbeitung	334
ee) Informationen über die Betroffenenrechte und das Beschwerderecht	336
ff) Informationen über die Herkunft der Daten	338
gg) Informationen über automatisierte Entscheidungsfindungen	341
(1) Aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik	343
(2) Aussagekräftige Informationen über die Tragweite und Auswirkungen	345
(3) Eine kurze Summa	348
hh) Unterrichtung über geeignete Garantien bei Drittlandtransfers	348
b) Keine vorgegebene Modalität: Auskunft	349
c) Ein kurzer Überblick über den Inhalt der Auskunftspflicht über die zusätzlichen Informationen	350
4. Die Art und Weise der Auskunftserteilung	351
a) Stilistische Anforderungen	351
aa) Präzise Auskunft	352
bb) Verständliche Auskunft mit klarer und einfacher Sprache	353
cc) Transparente und leicht zugängliche Auskunft	353
b) Form der Auskunft	356
c) Frist für die Auskunftserteilung	358
aa) Lauf der Frist	360
bb) Option einer Fristverlängerung	361
d) Kosten der Auskunft	363
aa) Beantragung einer weiteren Kopie	364
bb) Ein kurzer Blick zurück	367
5. Zusammenfassender Überblick	367
IV. Disposition über den Auskunftsanspruch	369
1. Rücknahme des Auskunftsantrags	370
2. Unzulässigkeit des Verzichts ex ante	371

3. Lediglich rückwärtige Modifikation einzelner Erfüllungsmodalitäten	376
4. Praktische Auswirkungen auf einen Vergleich	377
5. Zusammenfassender Überblick	380
V. Arbeitsgerichtliche Geltendmachung, Nacherfüllung und Vollstreckung	380
1. Bestimmter Klageantrag	382
a) Die Linie des BAG	383
b) BAG lässt Konzeption des Art. 15 DSGVO außer Acht	386
c) Ein abschließender Pendelblick auf die Linie des BGH	388
2. Nacherfüllung: Keine Anwendung der §§ 259, 260 BGB	388
a) Die Erfüllung zivilrechtlicher Auskunftsansprüche: §§ 259, 260 BGB analog	389
b) Die Übertragung durch Literatur und Rechtsprechung auf Art. 15 DSGVO	391
c) Nationales und europäisches Recht stehen einer Übertragung entgegen	393
d) Ein kurzer Überblick und ein Ausblick auf die Vollstreckung	397
VI. Eine zweite Sammlung der Erkenntnisse	397
D) Die Verweigerungsmöglichkeiten des Verantwortlichen	403
I. Verweigerung wegen mangelnder Identifizierbarkeit des Betroffenen: Art. 11 Abs. 2 i.V.m. Art. 12 Abs. 2 S. 2 DSGVO	404
1. Die Ausgangslage des Art. 11 DSGVO	404
2. Voraussetzungen und Reichweite einer Verweigerung	405
3. Zusammenfassender Überblick	407
II. Verweigerung wegen kollidierender Interessen: Art. 15 Abs. 4 DSGVO	408
1. Die Funktion des Abs. 4 für das Auskunftsrecht	409
2. Anwendungsbereich: Abs. 4 schränkt Auskunft umfassend ein	411
3. Bedingungen der Verweigerung	416
a) Einbezogener Personenkreis	416
b) Einbezogene Rechte und Freiheiten	417

c) Der Begriff der Beeinträchtigung	419
aa) Zwei Stufen: Negative Auswirkung und Abwägung der konfligierenden Positionen	420
bb) Gewichtung des Auskunftsinteresses	422
cc) Mangelndes Eigeninteresse ist nicht in Abwägung einzustellen	423
dd) Ein kurzer Blick zurück: Abs. 4 erfasst nur überwiegende Fremdinteressen, nicht mangelnde Eigeninteressen	424
4. Keine Totalverweigerung: Reduktion oder Schwärzung	425
5. Begründung der Verweigerung und Darlegungslast im Prozess	426
6. Keine eigenständige Bedeutung des § 29 BDSG	430
7. Konkretisierung für praktische Problemfälle	433
a) Personenbezogene Daten Dritter	433
b) Geschäftsgeheimnisse	439
c) Besonderheiten bei internen Daten und Ermittlungen	444
aa) Kommunikation mit dem Rechtsbeistand	445
bb) Personenbezogene Daten des Denunziaten in Ermittlungsunterlagen	446
cc) Geheimhaltung der Quelle	449
d) Gemengelage Hinweisgeberschutz	453
aa) Ein kurzer Blick auf den Entwurf eines Hinweisgeberschutzgesetzes	453
bb) Folgerungen für die Datenauskunft	454
cc) Beantwortung von Auskunftersuchen in der Praxis	458
e) Ein kurzer Überblick	460
8. Unverhältnismäßiger Aufwand als Verweigerungsgrund	460
a) Aufwand des Verantwortlichen als faktisches Problem	461
b) Lösungsansätze zur rechtlichen Anknüpfung	463
c) Weshalb eine Anbindung an Art. 15 Abs. 4 DSGVO überzeugt	466
d) Aufwandsvermeidung überwiegt Auskunft nicht	471
aa) Aufwand durch Auffinden der Daten	472
bb) Aufwand durch Durchsicht der Daten	475

cc) Keine Primärrechtswidrigkeit einer umfassenden Auskunft	480
e) Eine kurze Summa: Jeder Aufwand ist prinzipiell verhältnismäßig	484
f) § 34 Abs. 1 Nr. 2 BDSG ist unionsrechtswidrig	485
9. Zusammenfassender Überblick	489
III. Verweigerung wegen offenkundig unbegründeter und exzessiver Anträge: Art. 12 Abs. 5 DSGVO	491
1. Offenkundig unbegründete Anträge	492
a) Wann ein Auskunftsantrag offenkundig unbegründet ist	492
b) Rechtsfolge: Kein echtes Wahlrecht bei Unbegründetheit – oder doch?	494
2. Exzessive Anträge	496
a) Zeitliche Exzessivität: Häufige Geltendmachung	497
aa) Unangemessene Abstände: Zu berücksichtigende Umstände	497
bb) Konkretisierung für den Bereich des Beschäftigungsverhältnisses	502
cc) Rechtsfolgen: Wahlrecht, Totalverweigerung und Begründungspflicht	504
b) Nicht-zeitliche Exzessivität: Vergleichbare Sachlagen	506
aa) Inhaltliche Exzessivität	506
bb) Verfolgung datenschutzexterner Zwecke	507
(1) Problemaufriss: Druckausübung und Ausforschung	507
(2) Anknüpfung durch die Rechtspraxis	510
(3) Ein vorausgreifender Blick auf den Grundsatz des Verbots missbräuchlichen Verhaltens	511
(a) Unionsrechtliche Maßstäbe	512
(b) Folgerungen für die Anwendung des § 242 BGB auf Art. 15 DSGVO	515
(4) Anknüpfung an den primärrechtlichen Grundsatz und Folgerungen für die Reichweite des Exzessverbotes	516
(5) Eine kurze Summa: Exzessverbot als Schikaneverbot	520

cc) Beispiele für eine schikanöse Geltendmachung im Beschäftigungsverhältnis	521
3. Zusammenfassender Überblick	523
IV. Verweigerung wegen Rechtsmissbrauchs: Allgemeiner Rechtsgrundsatz des Primärrechts	524
1. Rekapitulation: Voraussetzungen des Rechtsmissbrauchs	524
2. Geltendmachung zur Ausforschung und Konkretisierung datenschutzexterner Leistungsansprüche	525
a) Auskunftszwecke werden erreicht	526
b) Keine Erzielung eines unrechtmäßigen Vorteiles	532
c) Eine kurze Summa: Ausforschung und Anspruchskonkretisierung sind nicht rechtsmissbräuchlich	534
3. Geltendmachung während Kündigungsschutzverfahren und Abfindungsverhandlungen	536
4. Art. 15 DSGVO als Mittel zur Entschädigung und DSGVO-Hopping	538
5. Zusammenfassender Überblick	540
V. Die Verweigerungstatbestände des BDSG	541
VI. Eine dritte Sammlung der Erkenntnisse	542
E) Eine Zusammenfassung in 30 Thesen	547
Literaturverzeichnis	567
Materialienverzeichnis	595